Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 17 (1997)

Heft: 34

Artikel: New Labour, Globalisierung und die europäische Linke : und Anthony Giddens und Ulrich Becks "Zweite Moderne"

Autor: Bischoff, Joachim

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652463

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Joachim Bischoff

New Labour, Globalisierung und die europäische Linke

Und Anthony Giddens und Ulrich Becks „Zweite Moderne"

„Eine Weltordnung, geprägt durch den Ost-West-Konflikt, ist zusammengebrochen", aber die „Gelegenheit für einen Aufbruch in eine zweite Moderne" ist ungenutzt verstrichen, klagt der Sozialwissenschaftler Ulrich Beck (Giddens 1997a, 340). Statt Aufbruchstimmung hat sich Kulturpessimismus breitgemacht. Die Grundlagen der Ersten Moderne waren Investitions- und Innovationsbereitschaft der Unternehmen, gewerkschaftliche Macht, Sozial- und Nationalstaat. Im Zeitalter der „Globalisierung", so tönt es nicht nur auf seiten der Neokonservativen, müsse man sich von den veralteten Vorstellungen einer national- und sozialstaatlichen Idylle trennen. Der englische Sozialwissenschaftler Anthony Giddens, Protagonist der Konzeption einer Zweiten Moderne, formuliert ein veritables Dilemma: „Der gleiche Prozeß jedoch, der die Sozialdemokratie unterhöhlt, zerstört auch die Grundlagen des Konservatismus." (Giddens 1997b,17) Die Transformationskräfte seien nicht mehr zu steuern, jede kapitalistische Gesellschaft müsse sich der Globalisierung anpassen. Jedoch selbst der Anpassungsprozeß sei nur schwer zu beeinflussen, weil gegenüber den reaktionsschnellen Kräften des globalen Kapitalismus die überlieferten nationalen Institutionen zu langsam und unflexibel reagieren. Zudem sei es ausgesprochen schwierig geworden, einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu entwickeln, der mit den Unsicherheiten fertig werden könnte.

Bei der Zweiten Moderne handelt es sich keineswegs nur um ein theoretisches Projekt. Die theoretische Verarbeitung von Globalisierung und reflexiver Moderne hat ein praktisches Subjekt: die neue Sozialdemokratie in Großbritannien. Giddens sieht in ihr die neue radikale Mitte: „In bezug auf die Globalisierung als solche gibt es keine einfache Rechts-Links-Unterscheidung mehr. Dadurch entsteht ein neues Koordinatensystem für die Politik. Dessen Zentrum nenne ich die 'radikale Mitte'. Tony Blair hat den Nachweis geliefert, daß eine radikale Politik quer zu den traditionellen Klassenlinien mehrheitsfähig sein kann. Manche halten ihn für einen Konservativen; er ist jedoch dabei, diesen gesellschaftlichen Konsens der radikalen Mitte aufzubauen." (Giddens 1997b,18)

Teile der politischen Linken in Europa strafen New Labour mit nicht wenig Verachtung. Mag Tony Blair auch in der Attitüde des Reformers und Modernisierers daherkommen, der sein Land zum strahlenden Beispiel für einen liebenswerten Kapitalismus herausputzen will, so handele es sich im Kern doch nur um einen „Thatcherismus mit menschlichem Antlitz". Innerhalb des bürgerlichen Kosmos zeigt sich mehr Beunruhigung. Die britischen Konservativen haben sich noch längst nicht von ihrer historischen Niederlage erholt. Und die Neue Zürcher Zeitung (1./2.11.97) hat auch schon in

anderen Teilen Europas Spielarten des „Blairismus“ ausgemacht. In den Niederlanden und Portugal gehe man wie in Britannien daran, mit Hilfe von Sozialwissenschaftlern – sogenannten „spin doctors“ – die Reformen in den Rang einer Revolution emporzustilisieren. Während größere Teile der politischen Linken mit der baldigen Desillusionierung über den Blairismus rechnen, sieht die NZZ die Übernahme von konservativen Konzeptionen durch eine im Prinzip abgewirtschaftete Sozialdemokratie als Herausforderung: „Blairismus ist ein Ansatz zur Fortsetzung der konservativen Revolution im gesellschaftlichen Bereich und zwar mit den verschiedensten Rezepten: alten, eher rationalen, und neuen, eher emotional bestimmten... Grundsätze dafür sind einerseits Freiheit und Selbstverantwortung des Individuums, andererseits Partnerschaft von Individuen, Gruppen, Völkern.”

Der Protest der Vordenker einer Zweiten Moderne gegen eine kulturpessimistisch unterlegte Lähmung von Denken und Handeln ist zunächst sympathisch. Akzeptanz gewinnt der Blairismus sicher auch durch seine Anpassungsfähigkeit, die den Schein von Ideologiefreiheit bestärkt. Allerdings wurde der Aufruf zur Revitalisierung von institutioneller Phantasie und Politik kaum aufgenommen. Wenn man Endzeitstimmungen entgegenwirken und einem neuen Modell von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die Zweite Moderne zum Durchbruch verhelfen will, dann wird man die realexistierenden Handlungsmöglichkeiten genauer ausloten müssen. Zunächst muß die neoliberale Rhetorik mit den Fakten der sogenannten „Globalisierung“ konfrontiert werden.

Das neue Zeitalter der „globalen“ Wirtschaft

„‘Globalisierung’ ist das am meisten gebrauchte und mißbrauchte, in seiner Bedeutung sehr nebulöse, aber eben deshalb politisch wirkungsvollste Schlagwort der Gegenwart.“ (Beck 1997a) Was ist der harte Kern dieses gesellschaftlichen Phänomens, warum kann mit diesem Zauberwort erhebliche Verwirrung geschaffen werden, und wessen Macht wird dadurch vermehrt?

Der zunehmend internationalisierte Wettbewerb ist eine Grundlage des Wohlstands in den kapitalistischen Metropolen. Aber dabei handelt es sich um keine einspurige Siegerstraße. Der Wirtschaftshistoriker Harold James hat recht, wenn er auf die ungleiche Verteilung von Kosten und Wohltaten der internationalen Arbeitsteilung verweist. Denn es ist nicht wahr, daß alle Nationen von der internationalen Verflechtung profitieren. „Die globale wirtschaftliche Integration ist ein Prozeß, der für viele Menschen fortwährend mehr Möglichkeiten schafft, allerdings auch mehr Gefahren und mehr Ängste. Der Pfad der Globalisierung ist holprig, und für diejenigen, die von Einbrüchen betroffen sind, mag es kein großer Trost sein, zu wissen, daß die Entwicklungen, die über sie hinweggehen, keineswegs neue Erscheinungen sind. Doch seit Jahrhunderten hat die Erweiterung der Märkte sowohl Wachstum wie Zerrüttung gebracht.“ (James 1997, 15)

Die Blindheit der neokonservativen bzw. neoliberalen Vordenker wird an diesem Punkt überdeutlich: Zum einen geht die Herstellung des Welt-

marktes bis heute mit einer fundamentalen Spaltung in industrielle Werkstätten und einer bestenfalls Rohstoffe liefernden Peripherie einher. Diese Spaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten verfestigt und ist – auch für sogenannte Aufsteiger – nicht durchlässiger geworden. Zum anderen stimmt die These von einer kontinuierlich beschleunigten Kapitalakkumulation auch für die kapitalistischen Metropolen nicht. Die Akkumulation verläuft wellenförmig, und sie weist Knotenpunkte mit hartnäckigen Krisenkonstellationen auf.

Die Geschichte der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise ist auch ein Vernichtungsprozeß im Sinne der beständigen Umwälzung von Industrien: Historisch obsolete Qualifikationen verschwinden und die Anpassungskosten werden in aller Regel den betroffenen Subjekten aufgeladen. Es ist zudem keine Ausnahme, daß solche Phasen des Umbruchs der gesellschaftlichen Betriebsweise immer mit einem Verdrängungswettbewerb und einer Abwärtsspirale von Steuer- und Lohnsenkungen sowie anderen Formen des Sozialdumpings verknüpft sind, um einen Teil der Anpassungskosten auf andere Länder zu verlagern. Globalisierung ist nicht nur ein auf der Fetischisierung der gesellschaftlichen Beziehungen beruhender moderner Alltagsmythos. Wir haben zu unterscheiden: *Real ist* ein Umbruch in der gesellschaftlichen Betriebsweise und damit einhergehend die Intensivierung der Konkurrenz, *ideologisch* ist die Forderung nach Unterordnung unter die verselbständigten gesellschaftlichen Beziehungen.

Der Umbruch in der gesellschaftlichen Betriebsweise – flexible Automation, mikroelektronische Informations- und Kommunikationstechnologien – eröffnet neue Runden von Produktivitätssteigerungen und führt zu einer Intensivierung des Wettbewerbs. Vor allem die Unternehmensstrukturen und die arbeitsteiligen Beziehungen in der Wertschöpfungskette werden im internationalen Maßstab flexibler gestaltet und den günstigsten Verwertungsbedingungen des Kapitals angepaßt. Auf den einzelnen Stufen des Wertschöpfungsprozesses entstehen neue selbständige Einheiten, die über mehrere Länder und Erdteile verteilt sein können. Ferner wird die stärkere Ausrichtung des Wertschöpfungsprozesses auf eine internationale Arbeitsteilung ermöglicht durch eine neue Dimension und Rolle der Finanz- und Kapitalmärkte.

Der eigentliche Grund für die Probleme in den kapitalistischen Hauptländern ist die chronische Arbeitslosigkeit, denn von einer ökonomischen Krise im strikten Sinne kann noch keine Rede sein: Die Wirtschaftsleistung sinkt nicht absolut, sondern das Wirtschaftswachstum bleibt lediglich hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Hierfür sind erstens Sättigungstendenzen in einzelnen Sektoren verantwortlich zu machen, die selbst wiederum auf Asymmetrien in den Verteilungsverhältnissen und auf politisch kontraproduktive Interventionen in die Verteilungsstrukturen zurückgehen. Zweitens führt die Erschließung neuer Produktivitätspotentiale zur vermehrten Freisetzung der Ware Arbeitskraft. Und drittens sind die politischen Klassen offenkundig nicht in der Lage, eine gesellschaftlich sinnvolle Steuerung des Strukturwandels zu organisieren.

Globalität – so die Protagonisten der Zweiten Moderne – konstituiere ein neues Zeitalter. Gesellschaften und Nationalstaaten sind seit geraumer Zeit durch transnationale Akteure, Marktverhältnisse, Kommunikationsnetze, Migrationen und ökologische Risiken mehr und mehr miteinander verbunden. „Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Erster und Zweiter Moderne ist die Unrevidierbarkeit entstandener Globalität. Das heißt: Es existieren nebeneinander die verschiedenen Eigenlogiken der ökologischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, zivilgesellschaftlichen Globalisierung, die nicht aufeinander reduzierbar oder abbildbar sind, sondern jede für sich und in ihren Interdependenzen entschlüsselt und verstanden werden müssen." (Beck 1997b, 29) Daß Globalisierung als mißverständliches, nebulöses und doch politisch wirkungsvolles Schlagwort auf die disparatesten Phänomene und Prozesse zielt, ist sicherlich unbestritten. Beck bestreitet allerdings entschieden, daß dem ökonomischen Aspekt der Globalisierung eine Schlüsselrolle für die gegenwärtigen Probleme zukommt. „Mit Globalismus bezeichne ich die Auffassung, daß der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt oder ersetzt, d.h. die Ideologie der Weltmarktherrschaft, die Ideologie des Neoliberalismus. Sie verfährt monokausal, ökonomistisch, verkürzt die Vieldimensionalität der Globalisierung auf eine, die wirtschaftliche Dimension, die auch noch linear gedacht wird, und bringt alle anderen Dimensionen – ökologische, kulturelle, politische, zivilgesellschaftliche Globalisierung – wenn überhaupt, nur in der unterstellten Dominanz des Weltmarktsystems zur Sprache. Selbstverständlich soll damit nicht die zentrale Bedeutung wirtschaftlicher Globalisierung, auch als Option und Wahrnehmung betrieblicher Akteure geleugnet oder geschmälert werden. Der ideologische Kern des Globalismus liegt vielmehr darin, daß hier eine Grunddifferenz der Ersten Moderne liquidiert wird, nämlich die zwischen Politik und Wirtschaft." (Beck 1997b, 26)

Beck wehrt sich zurecht gegen den ultimativen Anpassungszwang, wie er von neoliberaler Seite als Generalrezept und Antwort auf ökonomisch-soziale Strukturprobleme proklamiert wird. Allerdings gewinnt die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus erst dann Gewicht, wenn sie auf dem Terrain der Ökonomie selbst erfolgt. Dies leistet Beck nicht, wenn er diesem nur vorwirft, daß er hinter der ökonomischen Dimension alle anderen Aspekte der Globalität verschwinden lasse. Beck weicht der Auseinandersetzung darüber aus, wie ausgehend von der gegenwärtigen kapitalistischen Ökonomie eine gesellschaftliche Reform von Produktion und Verteilung aussehen könnte. Er läßt sich zwar nicht von der neoliberalen Logik einfangen, daß es zum Sparzwang und zur Umverteilungsökonomie zugunsten der Reichen keine Alternative gäbe; aber die mächtige neoliberale Hegemonie wird wegen der Relativierung der Ökonomie unterschätzt. Neoliberalismus ist eine neue Geschichtsmetaphysik des Weltmarktes, die Deutungen anbietet, um sich in einer undurchschaubaren Welt zurecht zu finden. Es geht aber nicht nur um Weltdeutung, sondern auch um die gesellschaftliche Legitimierung von Verteilungs- und Machtverhältnissen.

Das Scheitern des Neokonservatismus/Neoliberalismus und die Zukunft des europäischen Sozialstaates

Globalisierungsängste sind die Folge von Umverteilungsaktionen zugunsten des Kapitals, die mit den faktischen oder behaupteten Kosten- und Wettbewerbsvorteilen anderer Nationalökonomien begründet werden. Zurecht betont Beck, daß Globalismus auch ein anderes Wort für „Klassenkampf von oben" ist, „eine Attacke .., den historischen Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital, der die Konfliktdynamik der ersten Moderne stillgelegt hatte, auszuhebeln und umzuschreiben. Es geht letztlich darum, ob Regelungen wie Tarifautonomie, überbetriebliche Arbeitsverträge, Streikrecht usw. noch in das neue Zeitalter 'globaler Wirtschaft' hineinpassen oder ob sie auf die Müllkippe der Geschichte gehören." (Beck 1996, 675) Diese Unterscheidung zwischen Realität und politischer Instrumentalisierung der „Globalisierung" wirft die Frage auf, ob angesichts der Mächtigkeit des Neokonservatismus die These von der „Reflexivität der Moderne" aufrecht erhalten werden kann. Der neokonservativen Programmatik kann die Fähigkeit zur Orchestrierung von Alltagsmentalitäten nicht abgesprochen werden. Bis weit in die subalternen Klassen hinein zeigt die neokonservative Inszenierung eines modernen Alltagsmythos Wirkung.

Die Rückkehr zu einem sozialdemokratischen „Urzustand" ist zum Scheitern verurteilt. Die Rechte ist „radikal geworden, während die Linke in der Hauptsache auf Bewahrung bedacht ist und z.B. die Überbleibsel des Sozialstaates zu schützen versucht." (Giddens 1997a, 28) Die epochale Aufgabe sieht Giddens darin, wie New Labour quer zu den traditionellen Klassenlinien einen Konsens für eine radikale Politik zu formieren. Was im Lager der sozialistischen Linken als halbe Unterwerfung unter den Neoliberalismus interpretiert wird, sieht Giddens als politisch-taktische Meisterleistung. „Blairs Projekt ist eine Antwort auf den Neoliberalismus: durch die Übernahme einzelner Elemente wird das Modell als ganzes zurückgewiesen." (Giddens 1997b,16) Auch diese Argumentation wirft Zweifel auf, ob es mit der Reflexivität wirklich soweit her ist. Selbst wenn man die gewagte Hypothese akzeptieren würde, daß man den Neokonservatismus nicht durch Widerstand und Aufklärung über die Folgen der Restauration überwinden kann, bliebe zu klären, in welche Richtung New Labour getrieben wird.

New Labour akzeptiert einen durch die globalisierte Ökonomie gesetzten Anpassungszwang. Anders als im Thatcherismus soll die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals aber nicht um den Preis sinkender Löhne und sozialer Polarisierung ausgebaut werden. Der Schlüsselbegriff heißt Teilhabe („stakeholder society", Hutton 1997). Modernisierung der nationalen Ökonomie ja, aber nicht unter dem Vorzeichen des Shareholder value, also der Hegemonie des Geld- und Finanzkapitals, sondern bei angemessener Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder. Wenn der Blairismus in anderen Teilen Westeuropas Ableger findet, dann gelten die entsprechenden Wachstumsbedingungen: Scheitern des neoliberalen Deregulierungs-

kurses, massives gesellschaftliches Unbehagen über die Polarisierung von Reichtum und Armut (Apartheid-Ökonomie), Fortsetzung der Wettbewerbsorientierung (Modernisierung) und Teilhabe (Solidarität). Auch der SPD-Politiker und Kanzlerkandidat Gerhard Schröder versucht in einer Kombination von rationalen und medialen Botschaften das Erfolgsrezept auf die Bundesrepublik zu übertragen.

Entgegen hartnäckigen Vorurteilen hat Marx nie die Entdeckung der Klassen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft für sich in Anspruch genommen. Folglich kann Giddens auch als Nicht-Marxist konstatieren, daß die reifen kapitalistischen Gesellschaften einer Verschärfung des Klassenantagonismus ausgesetzt sind. „In einer Gesellschaft 'jenseits von links und rechts' jedoch meint Klassentrennung nicht mehr dasselbe wie zuvor, und wir können nicht mehr die alten Strategien anwenden, um ihr politisch zu begegnen. Ein Ergebnis des globalen ökonomischen Drucks ist, daß die meisten industrialisierten Länder eine steigende soziale Ungleichheit erfahren. Diese steigende soziale Ungleichheit hängt mit dem globalen ökonomischen Wettbewerb zusammen, der bei den unteren Bevölkerungsgruppen die Löhne senkt." (Giddens 1997c) Zu klären ist, welche neue Qualität die Klassenunterschiede aufweisen.

In den zurückliegenden Jahrzehnten der Prosperität haben sich die Menschen mit einer ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums abgefunden, solange auch für sie eine Verbesserung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit heraussprang. Wenn größere Teile der Bevölkerung den neokonservativen Verzichtsappellen nach und nach skeptischer gegenübertreten und die einst erkämpften Standards wieder hartnäckiger verteidigen, dann deshalb, weil die versprochene Rückkehr zur Prosperität auch nach eineinhalb Jahrzehnten neokonservativer Hegemonie nirgendwo Realität geworden ist. Die Neokonservativen fordern den Geist der Gründergeneration, aber der Ertrag soll den Besitzenden vorbehalten bleiben.

Giddens zufolge droht der Widerstand der Lohnabhängigen in eine politische Sackgasse – mit einer Mischung aus ökonomischem Protektionismus und fremdenfeindlichem Nationalismus – festzufahren. Der Kardinalfehler der politischen Linken liege darin, daß sie die Verteilungspolitik und das ökonomische Fundament der sozialen Sicherung überschätzen. „Der konstitutive Klassenkompromiß ist angesichts der Fluchtmöglichkeiten des Kapitals in Auflösung, das wirkt sich auf die materielle Ausstattung der sozialen Sicherung aus. Druck geht aber auch von den veränderten Lebensstilen aus, mit denen sich die Menschen in der Informationsgesellschaft einrichten. Und anders als die Linke glauben wollte, war der Sozialstaat weniger ein Umverteilungsinstrument als ein Instrument, um Schutz vor äußeren Risiken zu organisieren, denen sich die Menschen passiv, ja schicksalshaft ausgesetzt sahen." (Giddens 1997b,19)

Für die These, daß unter dem Sozialstaat klassischer Prägung eine „Kultur der Abhängigkeit" entwickelt wurde, gibt es Belege. Das Ziel, allen BürgerInnen zu einer emanzipativen, eigenständigen Lebensführung zu verhelfen, wurde vor allem für die untersten subalternen Schichten nicht im

Ansatz eingelöst. Denn Tatsache ist auch, daß die Zerstörung von sozialer Sicherung mit der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zusammenhängt, und keineswegs alleiniger Ausdruck einer ökonomischen Krise ist. Es steht eine neue Qualität der Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung, in der die Kultur der Abhängigkeit aufgehoben ist. Das heißt in der Tat, daß das Problem wachsender Entsolidarisierung nicht auf die alte sozialdemokratische Weise gelöst werden kann. Soziale Gerechtigkeit ist unter dem Sozialstaat europäischen Typus nur in Ansätzen verwirklicht worden, und die implementierte Subalternität geriet mehr und mehr in Widerspruch zu der Pluralisierung der Lebensstile. Allerdings ist ohne ökonomische Regulierung und Steuerung keine gelingende Einbindung der Gesellschaftsmitglieder in die Wertschöpfung zu haben. Ohne entsprechendes ökonomisches Fundament läßt sich die Kultur der Abhängigkeit nicht verändern.

Die doppelte Aufgabe, den Sozialstaat gegenüber der neokonservativen Abrißbirne zu verteidigen und zugleich aus der Kultur der Abhängigkeit auszubrechen, ist schwierig zu bewältigen. Fest steht, daß es unter Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft auch bei radikaler Flexibilisierung der Märkte nicht möglich ist, dauerhaft eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, die Grundlage einer eigenständigen Lebensgestaltung sein kann. Sicherlich ist die ökonomische Regulierung nicht die gesamte Lösung des Problems, aber ohne Klärung der ökonomisch-sozialen Verteilungsfragen kann es keine Überwindung der Kultur der Abhängigkeit geben.

Die Vertreter der Zweiten Moderne haben bislang wenig vorgeschlagen, was die gesellschaftliche Blockade überwinden helfen könnte. Akzeptiert man, wenn auch in eingeschränkter Weise, den vermeintlichen Anpassungszwang durch die globale Wirtschaft, verflüchtigen sich zugleich die materiellen Ressourcen für eine Neugestaltung des Systems sozialer Sicherheit. Der eigentliche Streitpunkt liegt nicht darin, daß man sich nicht auf eine Operation der Neuorganisation von Verteilung und Produktion beschränken darf. Selbstredend müssen neue soziale Institutionen entwickelt werden. Aber ohne Verteilungskorrekturen kommt keine Bewegung in die blockierten Verhältnisse. Die Vordenker der Zweiten Moderne verzichten auf das Fundament jeder gesellschaftlichen Alternative zur neokonservativen Restauration: „Was Armut und Unterprivilegierung anlangt, ist ein neuer Ansatz vonnöten. Versuche der Umverteilung von Vermögen oder Einkommen durch fiskalische Maßnahmen und herkömmliche Sozialsysteme haben alles in allem nicht funktioniert." (Giddens 1997a, 214) Dagegen steht die These: Ohne ein neues ökonomisches Fundament, das eine eigenständige „Politik der Lebensführung" ermöglicht, gibt es keine zukunftsfähige Zivilgesellschaft (Bischoff 1995, 109 ff.).

Das Dilemma der Zweiten Moderne

In einer Situation, in der die wachsende Beschäftigungslosigkeit eine verstärkte Staatsintervention und eine Ausweitung der sozialen Absicherung erzwingen müßte, scheint sich der nationalstaatliche Bezugsrahmen zu

verflüchtigen. Stimmt aber die These, daß der Prozeß der Globalisierung den Staat als Grundlage der Politik in der kapitalistischen Gesellschaft untergräbt?

Das zentrale Argument zielt auf eine neue Qualität der transnationalen Unternehmen: Diese global operierenden Wirtschaftssubjekte entziehen sich der nationalstaatlichen Regulierung. Während die Masse der eigentumslosen Lohnabhängigen Abstriche an Lebensstandard und sozialer Sicherheit hinnehmen soll, fordern die „Herren" über die Arbeitsplätze radikale Steuererleichterungen und Subventionen als Investitionsanreize mit dem Argument, daß sie ansonsten im internationalen Wettbewerb nicht mithalten könnten. „Ausgerechnet in dem Augenblick, da etwa in Deutschland angesichts von 4,5 Millionen registrierten Arbeitslosen die gesetzlichen Leistungen erhöht werden müßten, verliert der Staat die Kontrolle über das Herzstück seiner Macht, das Steueraufkommen, weil transnationale Unternehmen im Steuerpocker die weitaus besseren Trumpfkarten haben." (Beck 1997a) Hier wird ein einseitiger Blick auf die ökonomische Existenz des modernen bürgerlichen Staates deutlich. Der Marsch in den Lohnsteuerstaat findet seit langem statt. Die Steuern auf Lohn- und Gehaltseinkommen sowie die diversen Verbrauchssteuern machen den Löwenanteil des Finanzaufkommens aus. Folglich tauchen unablässig Finanzlöcher auf, wenn die Massenarbeitslosigkeit oder die flächendeckende Ausbreitung von Niedriglöhnen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen gerade jene Einkommensbezieher betreffen, die bislang die treuesten Finanzierer der öffentlichen Aufgaben waren. Auf die Massenarbeitslosigkeit reagieren die kapitalistischen Staaten sodann mit massiven Steuersenkungen zugunsten der Vermögensbesitzer, um Investoren zu ködern. Wir steuern auf eine Krise der Demokratie zu, aber nicht weil die Basis für den Nationalstaat wegfällt, sondern weil es keine adäquate Politik als Antwort auf den wirtschaftlichen Strukturwandel gibt.

Die Protagonisten einer Zweiten Moderne wollen die gesellschaftliche Entwicklung zwar nicht vollständig den internationalen Märkten ausliefern, aber bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben fällt erneut der blinde Fleck auf, der schon bei den ökonomischen Fundamenten der sozialen Sicherheit den analytischen Blick trübte. Der neue Konsens der „radikalen Mitte" besteht darin, daß man „das Problem der Ungleichheit" ernst nimmt, „es aber mit der Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten als Voraussetzung für Wohlstand und Vollbeschäftigung" verbinden will (Giddens 1997b, 18). Diese politische Formel mag in Zeiten des Verdrängungswettbewerbs als Nischenstrategie für einzelne Länder gangbar sein, als generelle Lösung für alle kapitalistischen Metropolen scheidet sie aus. Es genügt nicht, den subalternen Schichten und den Gewerkschaften die Notwendigkeit einer Überwindung des überlieferten Sozialstaates zu verkündigen. Entscheidend ist, die Kapital- und Vermögensbesitzer zur angemessen Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ist nicht der strategische Punkt der Reform. Es geht darum, die Produktivitätsfortschritte so in neue Verteilungsstrukturen

umzusetzen, daß allen Gesellschaftsmitgliedern eine eigenständige „Lebensführung“ eröffnet wird.

Giddens ist skeptisch hinsichtlich der Chancen für eine Alternative zum orthodox-neoliberalen Modell innerhalb des Kapitalismus: „Im Grunde genommen halten wir Ausschau nach etwas jenseits des Kapitalismus, es geht nicht nur um einen Wettlauf verschiedener Kapitalismen... Dieses wechselhafte, instabile System findet keine Ruhe, und über ein gewisses Niveau hinaus kann sich die Welt mit diesem System nicht arrangieren... Deshalb muß es etwas jenseits des Kapitalismus geben, eine neue Form der Modernisierung, die sich von unkontrollierter Markt- und Technologieentwicklung unterscheidet.“ (Giddens 1997b, 20) Es sind aber starke Zweifel anzumelden, ob New Labour mit der Übernahme neoliberaler Versatzstükke und einer äußerst vagen Verknüpfung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit zumindest dem Ziel der Zivilisierung des Kapitalismus näher kommt.

Die Protagonisten der Zweiten Moderne unterschätzen nicht nur die neokonservative bzw. neoliberale Ideologie. Sie unterschätzen auch die Risiken des „race to the bottom“. Wir wissen aus den leidvollen Erfahrungen der großen Weltwirtschaftskrise: ein immer hektischer ablaufender Abwertungswettlauf bei Sozialstandards, Steuern und Währungsrelationen geht nicht lange gut. Der internationale Handel ist kein probates Mittel, die Beschäftigung im Inland zu stabilisieren. Nationen können und müssen lernen, sich durch die Gestaltung ihrer Binnenwirtschaft Vollbeschäftigung zu verschaffen. Protektionistische Antworten auf den beschleunigten Abbau von Industriearbeitsplätzen sind gleichermaßen untauglich. Die reifen kapitalistischen Gesellschaften können nur einen zukunftsorientierten Ausweg entwickeln, wenn sie der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zuleibe rücken und über die Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeit (Dienstleistungen) und die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit eine zivilisatorische Entwicklung für alle gesellschaftlichen Schichten eröffnen. Die Antwort auf die vermeintliche Globalisierung, auf die Rationalisierung der Industriearbeit, liegt in einer Politik, die grundlegende Korrekturen in den Verteilungsverhältnissen zu einer Veränderung des Systems gesellschaftlicher Arbeit einsetzt. Giddens und Beck liegen nicht falsch mit ihrer Problemgewichtung, daß im Zentrum der öffentlichen Debatte um die Gestaltung einer Zweiten Moderne die Lösung von vier Herausforderung steht: Globalisierung, Individualisierung, die Gestaltung einer Gesellschaft mit rückläufiger Industriearbeit und die ökologischen Krisen. Allerdings nützt das Beiseiteschieben der Ökonomie und der Verteilungsfragen nichts. Wer eine radikale Politik in Anbetracht der fortschreitenden Entsolidarisierung mehrheitsfähig machen will, der sollte die Warnung von Gramsci beherzigen: Die sozialistische Partei muß sich von der Praxis einer bloßen Rotation der führenden Parteien an der Regierung absetzen. Sie muß an der Gründung und Organisation einer neuen politischen Gesellschaft und eines neuen Typs von Zivilgesellschaft mitwirken.

Der Verzicht auf eine Kritik der politischen Ökonomie des reifen Kapi-

talismus wirkt sich letztlich in einer Unterschätzung der sozialen und politischen Polarisierung aus, damit der gesellschaftlichen und politischen Realitäten – diesseits von links und rechts. Wenn durch die Produktivitätsentwicklung die bisherigen Verteilungskompromisse ausgehebelt werden – was bleibt dann zu tun? Beck schlägt öffentliche Arbeit oder Bürgerarbeit als Ergänzung zur Erwerbsarbeit vor: „Es geht nicht darum, Erwerbsarbeit zu ersetzen, sondern zu ergänzen. Bürgerarbeit wäre am Ende vielleicht eins von drei Beinen, neben der Erwerbsarbeit, die der ökonomischen Grundsicherung dient, und der Eigenarbeit, die der Kindererziehung und/oder der Selbstverwirklichung dient." (Beck 1997b, 236) Gegenüber einer Position, die in den reifen kapitalistischen Gesellschaften neben Schritten der Arbeitszeitverkürzung auch den Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors fordert, sind bei Beck Vorbehalte zu erkennen; er präferiert eher Modelle der Beteiligung am sog. Produktivvermögen. „Wenn es richtig ist, daß Arbeit durch Wissen und Kapital ersetzt wird, dann kann eine neue Sozialpolitik sich an dem Ziel ausrichten, Arbeit an Kapital zu beteiligen." (Beck 1997b, 22)

Hinter die Fassade der Apartheid-Ökonomie, in der die Reichen reicher und die Armen immer ärmer werden, kann man nur schauen, wenn man sich auf eine Kritik der „globalen" Ökonomie einläßt. Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß die wachsenden Antagonismen der Verteilungsverhältnisse zu einer Beschränkung der Realakkumulation und einer beschleunigten Akkumulation von Geldkapital führen. Das heißt dann aber: Wer einem Eingriff in die Verteilungsverhältnisse das Wort redet, sei es zur Stabilisierung der Masseneinkommen, sei es zur Verkürzung der Arbeitszeit, sei es zur Entwicklung von öffentlicher Beschäftigung und Bürgerarbeit, der kann nicht zugleich einer Verallgemeinerung der Kapital- und Vermögenseinkommen das Wort reden.

Literatur

Beck, Ulrich,1996: Subpolitik der Globalisierung. Gewerkschaftliche Monatshefte, Düsseldorf.

Ders., 1996b: Manager nach Singapur. Süddeutsche Zeitung 11.12. München.

Ders., 1997a: Kein Standort. Nirgends. Süddeutsche Zeitung 12.5. München.

Ders., 1997b: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M.

Ders., 1997c: Was ist und wie stehen die Chancen für eine 'Zweite Moderne'. NZZ vom 20.5. Zürich.

Ders., 1997d: Mythen in Lohntüten. Süddeutsche Zeitung 23.7. München.

Bischoff, Joachim, 1995: Restauration oder Modernisierung? Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus. Hamurg.

Giddens, Anthony, 1997a: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt/M.

Ders., 1997b: Rechts, Links, Vorn. Mitbestimmung Heft 7/8. Berlin.

Ders., 1997c: Wir müssen ein neues System suchen. Freitag vom 9.5. Berlin.

Hutton, Will, 1997: The State to Come. London.

James, Harold,1997: Rambouillet – Die Globalisierung der Wirtschaft. Frankfurt/M.

Neue Zürcher Zeitung/Doepfner, Andreas,1997: Blairismus – Britannien als globaler Marktplatz. 1./2. 11. Zürich.